

## **Antrag**

**der Abgeordneten Birgit Stöver, Thilo Kleibauer, Richard Seelmaecker,  
Stephan Gamm, Joachim Lenders (CDU) und Fraktion**

**Betr.: Schulbau in Hamburg – Der Bund hilft, doch Hamburg hat keinen Plan**

Die Schullandschaft in Hamburg hat sich in den letzten Jahren verändert. Es sind erfreulicherweise steigende Schülerzahlen zu verzeichnen. Aber auch mit dem massiven Ausbau des Ganztagsangebots, der Bewältigung der Zuwanderungswelle von Flüchtlingen und nicht zuletzt der weiteren Umsetzung der inklusiven Beschulung gibt es mehr Schüler und neue Bedarfe an Schulgebäuden und Schulservice. Für alle gilt es, optimale Bedingungen zu schaffen.

Doch hier hinkt der Senat in seinen Bemühungen hinterher. Rund 400 Schulcontainer sind in Hamburg zurzeit aufgestellt, um Mehrbedarfe aus steigenden Schülerzahlen, Ausbau des Ganztagsangebots, der Integration und der Inklusion übergangsweise auszugleichen. Doch nur die Hälfte dieser ist mit Baumaßnahmen hinterlegt und der Ersatz terminiert. Grund hierfür sind unter anderem fehlende Planungskapazitäten. Doch steigende Schülerzahlen und ein steigender Bedarf an angemessenen Räumlichkeiten sind nicht ständig mit Interimslösungen und einer Verschiebung von Neubau und Sanierung auf den St. Nimmerleins-Tag zu bewältigen. Hamburgs Rahmenplanung ist mangelhaft und bedarf einer Neuordnung.

Weiter werden in allen Bundesländern, so auch in Hamburg, marode und sanierungsbedürftige Gebäude beklagt. Hier wird der Bund mit einem Sanierungsfond von 3,5 Millionen Euro Hilfestellung leisten, obwohl die Bildung und damit auch der Schulbau in der Hoheit der Länder liegen. Warum Hamburg im Gegensatz zu anderen Bundesländern (Baden-Württemberg hat ein kommunales Investitions- und FörderG beschlossen und die strukturschwachen Kommunen bereits benannt) bisher keinen Plan hat, wo und wie er die Gelder des Bundes einsetzen will, ist symptomatisch (vergleiche Drs. 21/10759).

**Die Bürgerschaft möge beschließen:**

**Der Senat wird ersucht,**

1. den Schulentwicklungsplan (SEPL) unter Berücksichtigung wachsender Schülerzahlen, kleinerer Klassengrößen, längerer Schulbesuchszeiten durch Vorschulklassen und Oberstufen, dem Ausbau von Ganztagschulen, neuer Herausforderungen im Bereich der Inklusion sowie zunehmender Flüchtlingsbeschulung durch Neuauflage beziehungsweise Anpassung weiterzuentwickeln,
2. die Planungsaktivität Schulbau Hamburg unter Berücksichtigung der Neubaugebiete deutlich zu verstärken,
3. die verfügbaren Bundesmittel für über das derzeitige Schulbau-Programm hinausgehende Bau- und Sanierungsbedarfe einzusetzen und dabei auch den Investitionsbedarf der Schulen in freier Trägerschaft angemessen zu berücksichtigen,
4. der Bürgerschaft bis zum 1. April 2018 zu berichten.